

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

22. November – 29. November 2024

Der von einem Misstrauensvotum bedrohte Premierminister Michel Barnier sucht einen Kompromiss mit dem *Rassemblement National* um Marine Le Pen, um den Haushalt zu verabschieden. Insbesondere wird die Regierung die Stromsteuer nicht erhöhen, wie es im ursprünglichen Haushaltsentwurf für 2025 vorgesehen war. In einem Interview mit *Le Figaro* am Donnerstag, den 28. November, erklärte der Premierminister, dass dies „eine Senkung der Strompreise um 14% ermöglichen würde, was weit über die ursprünglich geplante Senkung um 9% hinausgeht“. Darüber hinaus forderte die Fraktionsvorsitzende der rechtspopulistischen Partei Barnier auf, seine Pläne für eine minimale Rentenerhöhung und eine Senkung der Medikamentenkosten aufzugeben. Dies sind zwei weitere Punkte neben der Stromsteuer, die Marine Le Pen bereits am Montag, den 25. November, in einem Gespräch mit dem Premierminister als „rote Linien“ bezeichnet hatte. Le Pen setzte dem Premierminister am Donnerstag ein weiteres Ultimatum: „Heute ist Donnerstag. Er hat bis Montag Zeit“.

Verherrlichung des Terrorismus: Die linkspopulistische Partei *La France Insoumise* (LFI) hat am Dienstag, den 19. November, die Abschaffung dieses Straftatbestands aus dem Strafgesetzbuch, und damit eine Änderung des Gesetzes von 2014 gefordert. Bis 2014 wurde die Straftat im Rahmen des Presserechts unter Strafe gestellt. Die LFI-Abgeordneten, die das aktuelle Gesetz für „fehlgeleitet“ halten, wollen die Bestrafung unter dem Presserecht wieder einführen. Laut Mathilde Panot, Fraktionsvorsitzende der linkspopulistischen Fraktion in der Nationalversammlung, sei das Gesetz, so wie es heute missbraucht werde, ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und den Rechtsstaat.

Die Europäische Kommission hat am Dienstag, den 26. November, den französischen Haushaltspfad als „glaubwürdig“ eingestuft und damit den französischen Plan zur Sanierung der Staatsfinanzen validiert. Frankreich hat das Ziel, das öffentliche Defizit unter 3 % des BIP zu senken, aufgrund der politischen Instabilität von 2027 auf 2029 verschoben. Unter Druck hat die französische Regierung einen Haushaltsgesetzesentwurf vorgelegt, der eine Haushaltsanstrengung von € 60 Milliarden vorsieht. Das erste Zwischenziel der Regierung ist es, das Staatsdefizit bis 2025 auf 5 % des BIP zu senken.

Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH): Benjamin Netanjahu könnte laut Frankreich von einer „Immunität“ profitieren. Am 27. November erklärte das französische Außenministerium, dass der israelische Premierminister aufgrund des Status Israels als Nichtmitglied des IStGH Immunität genießen könnte. Diese Frage der Immunität, die im Römischen Statut geregelt ist, lässt verschiedene Interpretationen zu. Das Außenministerium stellte klar, dass Frankreich seine internationalen Verpflichtungen respektieren werde, aber möglicherweise nicht gezwungen sei, in einer Weise zu handeln, die mit seinen Verpflichtungen in Bezug auf die Immunität ausländischer Staatsoberhäupter unvereinbar sei. Die Entscheidung liege letztlich bei den Justizbehörden.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat am Donnerstag, den 28. November, den nigerianischen Staatspräsidenten Bola Tinubu zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Paris empfangen. Dieser Besuch ist Ausdruck des Willens Frankreichs, seine diplomatischen Bemühungen in den anglophonen Ländern Afrikas zu verstärken, nachdem es in den letzten Jahren insbesondere in den frankophonen Ländern der Sahelzone erhebliche Rückschläge hinnehmen musste. Während des Staatsbesuchs und obwohl Außenminister Jean-Noël Barrot am selben Tag den Tschad besuchte, kündigte die tschadische Regierung am 28. November an, die Zusammenarbeit mit Frankreich im Verteidigungsbereich zu beenden. Eine Reaktion Frankreichs auf diese Nachricht steht noch aus.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Stéphane Séjourné

Nach der Abstimmung des Europäischen Parlaments wurde der ehemalige französische Außenminister Stéphane Séjourné am Mittwoch, den 27. November, in seiner Funktion als Kommissar für Wohlstand und Industriestrategie und Vizepräsident der Europäischen Kommission bestätigt.

3
8
4
2
5
7
4
9
2
0
1
6
2
5
7

DIE ZAHL DER WOCHE

131.016 €

So viel Geld wendet der französische Staat im Durchschnitt pro Jahr für ehemalige Regierungschefs aus. Premierminister Michel Barnier sprach in einem Fernsehinterview davon, dass er gerne die Ausgaben des Staates auch hier reduzieren möchte und wünschte sich in diesem Zusammenhang mehr Nüchternheit und Einfachheit. Er „denkt zum Beispiel daran, von den ehemaligen Ministern und ehemaligen Premierministern eine Anstrengung [diesbezüglich] zu verlangen“.